

Neue gemeinsame Grundschule: Entscheidung wird nicht angetastet

Grüne scheitern mit Antrag

Von Martin Schildwächter

ALTENBERGE. CDU, SPD und UWG rütteln nicht am Ratsbeschluss vom 9. Juli 2018: Die damals getroffene Entscheidung, künftig eine gemeinsame Grundschule zu bilden, wird nicht in Frage gestellt. Eine erneute Diskussion über diesen Grundsatzbeschluss wird es somit nicht geben. Die Grünen hatten in der Ratssitzung am Montagabend die Aussetzung des Ratsbeschlusses zur Schulzusammenlegung beantragt. Dieser wurde mit großer Mehrheit von CDU, SPD und UWG abgelehnt.

Die CDU-Fraktionsvorsitzende Sigrid Schulze Lefert erinnerte daran, dass der Entscheidung im vergange-

»Die Vorteile einer Zusammenlegung überwiegen.«

Sigrid Schulze Lefert
(CDU-Fraktionsvorsitzende)

nen Jahr ein langer und intensiver Abwägungsprozess vorausgegangen sei. Das Ergebnis: „Die Vorteile einer Zusammenlegung überwiegen.“ Sie blickte auch auf die immer stark schwankenden Anmeldezahlen für die Borndal- und die Johanneschule. Künftig könne „eine optimale Verteilung der Schüler erfolgen“, so Schulze Lefert. „Davon profitieren alle.“ Zudem werde das Raumangebot deutlich vergrößert: Es stehen zusätzlich 1800 Quadratmeter zur Verfügung, betonte die CDU-Fraktionsvorsitzende. Somit besteht auch die Chance, den Offenen Ganztags neu zu ordnen. Sigrid Schulze Lefert: „Es kann nicht sein, dass wir jedes Jahr improvisieren müssen.“

Für die Grünen erläuterte Ursula Kießling, warum ihre Partei den Antrag gestellt habe. „Der deutliche Protest der



Seit dem Juni des vergangenen Jahres steht die Entscheidung fest: In die Ludgeri-Hauptschule wird künftig die neue gemeinsame Grundschule einziehen. An dem Beschluss wird nicht gerüttelt, so die Mehrheit des Gemeinderates. Foto: mas

Eltern hat uns nachdenklich gemacht.“ Auf dieser Grundlage die Beratung fortzuführen, das „ist keine gute Basis“, meinte Kießling. Die Neuaufgabe der Diskussion müsse ergebnisoffen geführt

»Das ist keine gute Basis.«

Ursula Kießling, Die Grünen

werden. Es sei sowohl denkbar, beide Schulen zusammen zulegen als auch beide Grundschulen getrennt neu zu entwickeln.

Für Ulrike Reifig, Fraktionsvorsitzende der SPD, war „immer klar, dass es sinnvoll ist, eine Schule zu bekommen“. Länger als zwei

Jahre sei über diese Thematik diskutiert worden. Reifig: „Wir halten am Beschluss fest.“ Sie sei froh, „das jetzt endlich mit dem Planungsprozess begonnen wird“. Nun müsse eine „Schule der Zukunft entwickelt werden“. Dabei stünden die Kinder an erster Stelle. Zudem müssten gute Arbeitsbedingungen für die Lehrer geschaffen werden. Des Weiteren seien außerschulische Partner, wie die Musikschule, die ebenfalls Raumbedarf anmelden, in die Planungen einzubeziehen. Reifig abschließend: „Wie das Ergebnis dann aussieht, das wissen wir noch nicht.“

Christian Germing (CDU) bezeichnete den Grünen-Antrag als „inhaltlich voll-

kommen überflüssig“. Alle Argumente seien „sorgfältig geprüft und keine leichtfertige Entscheidung getroffen worden“. Er hoffe, dass sich im weiteren Entscheidungsprozess viele Eltern einbrin-

»Jetzt wird endlich mit dem Planungsprozess begonnen.«

Ulrike Reifig,
Fraktionsvorsitzende der SPD

gen. Den Vorwurf mangelnder Transparenz ließ Christian Germing nicht gelten. 14 Mal sei in den zurückliegenden Jahren über die Grundschul-Thematik öffentlich disku-

tiert worden. Die Schulrätin des Kreises Steinfurt habe im Frühjahr 2018 die Kommune aufgefordert, zunächst die Grundsatzentscheidung zu treffen: eine gemeinsame Grundschule oder weiterhin zwei Grundschulen. Germing: „Und diese Entscheidung fiel im Schulausschuss und Rat einstimmig.“

„Jetzt sind die Fachleute an der Reihe“, betonte Matthias Große Wiedemann (CDU) in der Ratssitzung. Die Politik habe die „Rahmenparameter gesetzt“, so Große Wiedemann weiter und konnte sich einen Seitenhieb Richtung Grüne nicht verkneifen: „Wir haben aus Überzeugung und nicht nach aktueller Stimmungslage entschieden.“

Dieses Bild ist urheberrechtlich geschützt.

Quelle für freien Bildausschnitt: Artikeltext oder Artikel- oder Ganzseitendarstellung.

Quelle

Verlag : Westfälische Nachrichten
Publikation : Steinfurt
Ausgabe : Nr.43
Datum : Mittwoch, den 20. Februar 2019
Seite : Nr.19